

Presseinformation



Frei zur Veröffentlichung: sofort
Datum: 03.02.2008

SPD sagt „Nein“ zum Einzelverkauf der städtischen Wohnungen

(Rödermark) Die SPD-Fraktion im Rödermarker Stadtparlament hat den Magistrat der Stadt Rödermark sowie die Stadtverordneten aufgefordert, den Einzelverkauf städtischer Wohnungen und Gebäude im Rahmen der Haushaltskonsolidierungsbemühungen nicht weiter zu verfolgen. Die SPD-Fraktion fordert stattdessen, sich für einen Verkauf im Paket an eine Genossenschaft oder eine ähnlich organisierte Wohnungsbaugesellschaft stark zu machen. Die SPD fordert weiterhin ein Mitspracherecht der Stadt und der bisherigen Mieter.

Die SPD-Fraktion im Rödermarker Stadtparlament hat den Magistrat der Stadt sowie die Stadtverordneten aufgefordert, den Einzelverkauf städtischer Wohnungen und Gebäude nicht weiter zu verfolgen. Die SPD Fraktion sehe in diesem Bestreben eine erhebliche Gefahr für die angestrebte Haushaltskonsolidierung. Ein Verkauf im Gesamtpaket an eine Genossenschaft oder eine ähnlich organisierte Wohnungsbaugesellschaft ist nach Einschätzung der SPD-Parlamentarier die bessere Alternative. „Der Verkauf von städtischen Immobilien ist durch die Stadtverordnetenversammlung grundsätzlich beschlossen worden“, so der Fraktionsvorsitzende der Rödermärker SPD, Armin Lauer. An dieser Tatsache wolle man im Rahmen der Haushaltskonsolidierung auch festhalten. Da die Stadt aber nun auf Grund des abgebrochenen Bieterverfahrens versuche, die Objekte einzeln zu veräußern, sei es unbedingt erforderlich, die Rahmenbedingungen für einen Verkauf genauer zu definieren. Lauer forderte daher neben dem Magistrat auch die Stadtverordneten auf, sich dem Ansinnen der SPD-Fraktion nicht zu verschließen.

Unterstützt wird Lauer vom Fraktionsgeschäftsführer der SPD-Fraktion, Norbert Schultheis. „Der Verkauf einzelner Objekte führt zu einer Rosinenpickerei, bei der die Stadt möglicherweise nur die langfristig rentablen Immobilien veräußern wird und die weniger guten Objekte bei der Stadt verbleiben.“ Dem gelte es, entgegen zu wirken.

Lauer und Schultheis befürchten, dass ein nachhaltiger Sanierungserfolg für die städtischen Finanzen durch die nun von der Stadtkämmererei eingeschlagene Vorgehensweise erheblich gefährdet ist.

Des Weiteren sei eben nicht auszuschließen, dass durch einen Einzelverkauf die betroffenen Mieter hinsichtlich der Renditeerwartungen der neuen Eigentümer erheblich unter Druck geraten. „Wir brauchen daher unbedingt ein Mitspracherecht der Stadt und der bisherigen Mieter bei der Veräußerung der Immobilien. Ziel müsse ein finanzierbarer Wohnraum ohne weitere Zuschüsse bleiben,“ so Schultheis weiter.

Letzten Endes, so Lauer, habe man auch eine soziale Verantwortung gegenüber den Mietern. Darüber hinaus befürchtet die SPD, dass die Versorgung mit preiswertem Wohnraum durch den jetzigen eingeschlagenen Weg des Einzelverkaufs insgesamt gefährdet wäre und hierdurch erhebliche Veränderungen auf den gesamten Wohnungsmarkt in Rödermark zu erwarten seien. Dies müsse durch die nun eingebrachte Initiative seiner Fraktion verhindert werden. Im übrigen erwarte die SPD-Fraktion im Rahmen eines Gesamtverkaufes weitere und nicht zu unterschätzende Synergieeffekte für den Rödermärker Haushalt.

Bei Rückfragen oder für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an den Fraktionsvorsitzenden der SPD:

Armin Lauer

Mobil : 0173 - 3016161

Email : lauer@spd-roedermark.de